

Harold Marcuse

## Das ehemalige Konzentrationslager Dachau

### Der mühevolle Weg zur Gedenkstätte 1945–1968

Die Besucher und Besucherinnen der heutigen Gedenkstätte in Dachau betreten das Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers durch einen 1965 geschaffenen Mauerdurchbruch. Ihr Weg führt über die vergrabenen Fundamente eines Gefängnisses für straffällige SS. Der Blick fällt dann auf zwei langgestreckte Baracken, keine Originale, sondern Nachbauten aus dem Jahr 1964. Die meisten Besucher gehen dann in das Museum, das ursprünglich Häftlingsbad und -küche beherbergte, nach der Befreiung verschiedene Gerichtshöfe, später eine Lederfabrik und eine Färberei. Am Ausgang des Museums steht das Internationale Mahnmal von 1968 vor dem Appellplatz. Früher standen hier Barackenbauten aus den letzten Kriegsjahren, eine von internierten SS-Männern 1945 erbaute Kirche, und ein Heizkraftwerk, das 1951 für die neuen Lagerbewohner errichtet wurde.<sup>1</sup>

Der Rundgang durch die Gedenkstätte führt an 30 „Fundamenten“ vorbei, die 1965-66 gegossen wurden, um die Umrisse der unfundamentierten Häftlingsbaracken zu markieren. Über diese weite, kahle Fläche hinweg sind drei Baulichkeiten von der hinteren Abgrenzungsmauer zu sehen: Gedenkstätten der verschiedenen Bekenntnisse, die an der Stelle der ehemaligen KZ-Gärtnerei und Desinfektionsbaracke stehen. Danach wurde dort ein Kindergarten errichtet, der 1961 jedoch der „Gaststätte zum Krematorium“ weichen mußte. Die wiederum wurde am 8. November 1963 von Pionieren des Bundesgrenzschutzes abgerissen, um Platz für eine jüdische Gedenkstätte zu machen.

Diese kurzen Hinweise dürften genügen, um ein Gefühl für das historisch Gewordene der heutigen Gedenkstätte zu wecken. Die gegenwärtige Anlage ist das Ergebnis eines jahrzehntelangen mühsamen Ringens um den angemessenen Umgang mit den Überresten einer Einrichtung, die der Ausschaltung, Ausbeutung und Ausrottung der vom NS-Regime Verfolgten diente. In der Geschichte der Nutzungen dieser Überreste spiegelt sich die Entwicklung der bundesdeutschen politischen Kultur.

Die Geschichte des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau seit 1945 läßt sich in vier Phasen einteilen, in denen vornehmlich jeweils eine Gruppe über die Verwendungen des Lagers bestimmte. In der ersten Phase verfügte die US-amerikanische Armee, die am 29. April 1945 das Lager befreite, über das Gelände. Nach der Rückführung der meisten ehemaligen Häftlinge in ihre

Heimatländer richtete die Militärregierung einen Komplex von Internierungslagern für Angehörige der SS und Funktionäre der NSDAP ein. Ab Januar 1947 wurde das Lager schrittweise an deutsche Stellen übergeben, so daß sie im Herbst über wesentliche Teile des ehemaligen „Schutzhaftlagers“ verfügten.

Die nächste Phase stand im Zeichen bayerischer Behörden. Im Herbst 1948 wurde der Umbau des Konzentrationslagers zu einer Flüchtlingswohnsiedlung begonnen. Als der Dachauer Landrat im Juli 1955 im Bayerischen Landtag einen Antrag auf Abriß des Krematoriums stellte, war die nächste Gruppe schon so weit mobilisiert, daß sie die Umsetzung weiterer staatlicher Pläne verzögern bzw. verhindern konnte.

Die ehemaligen Häftlinge führten jedes Jahr seit 1945 Gedenkveranstaltungen durch. Sie bemühten sich mit wechselndem Erfolg um die Pflege des Gedenkens an ihre verstorbenen Kameraden durch die (bundes-)deutsche Öffentlichkeit, sowie um die Einrichtung und Verbesserung von Bildungseinrichtungen im ehemaligen KZ, insbesondere Ausstellungen und Museen. Stufenweise, durch Mobilisierung einer interessierten Öffentlichkeit, gelang es den ehemaligen Häftlingen ab 1956, die Räumung der „Wohnsiedlung Dachau-Ost“ und die Errichtung der Gedenkstätte in der heutigen Form durchzusetzen. Die Eröffnung des Museums im ehemaligen KZ-Wirtschaftsgebäude im Mai 1965 markiert den Höhepunkt ihrer Bemühungen. Nach der Einweihung des internationalen Mahnmals auf dem Appellplatz im September 1968 traten sie als Initiatoren eher in den Hintergrund.

Im Vorfeld der Olympischen Spiele 1972 in München begannen Jugendliche und Gruppen aus Dachau, sich für die KZ-Gedenkstätte und den Umgang mit ihr zu interessieren. In den Jahren von 1973 bis 1979 stieg die Anzahl der bundesdeutschen Schulklassen, die die Gedenkstätte aufsuchten, von 400-500 auf 5000-6000 im Jahr. Die Aktivitäten der „Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste“, der Mitglieder des „Dachauer Forums“, des „Fördervereins Internationale Jugendbegegnungsstätte“ und des Vereins „Zum Beispiel Dachau“ sind während der 1980er Jahre zu einem festen Bestandteil der pädagogischen Arbeit im ehemaligen Konzentrationslager geworden.

## I.

Die Aufklärung der internationalen Öffentlichkeit über die Zustände im KZ Dachau begann unmittelbar nach der Befreiung durch Einheiten der US-Armee am 29. April 1945<sup>1</sup>. Die ersten Zeitungsberichte von Kriegsberichterstattern erschienen am 1. Mai in vielen namhaften Zeitungen.<sup>2</sup> Armeefotografen und Filmteams machten in den ersten Tagen viele Aufnahmen, und eine Delegation von US-Kongreßabgeordneten wurde am 2. Mai durchs Lager geführt.<sup>3</sup> Am 3. Mai traf eine Delegation von 18 US-amerikanischen Chefredakteuren und Verlegern ein. Sie wurden eigens vom amerikanischen Oberkommandierenden Eisenhower nach Europa eingeladen, um durch ihre Berichterstattung die Öffentlichkeit in den USA von dem Ausmaß und der Authentizität der Greuel zu überzeugen.

Für die Einstellung der US-Amerikaner zu Dachau waren die katastrophalen Zustände im Lager bei der Befreiung maßgebend. Der Lagerkomplex war seit Tagen hochstäblich übersät von Leichen, die in Verwesung übergingen. Ein Güterzug mit den Leichen von über 2300 verhungerten Menschen stand seit Tagen auf einem Abstellgleis im SS-Lager, 2-3000 weitere Leichen befanden sich im Krematoriumsbereich. Die seit Monaten wütenden Typhus- und Fleckfieberepidemien forderten noch in den ersten Tagen nach der Befreiung täglich über 150 Tote.<sup>4</sup>

Die Berichte der Mediendelegation sind in einem<sup>1</sup>Drittel der US-Zeitungen und einem Viertel der Publikumszeitschriften erschienen. Da sie auch in Agenturberichte Eingang fanden, resümiert der Historiker Norbert Frei, daß „auf die eine oder andere Weise . . . fast jeder Amerikaner mit den Nachrichten über die deutschen Konzentrationslager konfrontiert“ wurde.<sup>5</sup> Der hohe Bekanntheitsgrad Dachaus in den USA war und ist ein wichtiger Faktor in den späteren Auseinandersetzungen um die Gedenkstätte: ein über Europa hinausreichendes internationales Publikum war von Anfang an vorhanden.

<sup>1</sup> Die Standorte der im Folgenden zitierten Quellen sind: Hauptstaatsarchiv München (Hsta), Bestände Staatskanzlei (Stk) und Ministerium für Arbeit (MARb), Nachlaß Josef Schwalber; Dokumentationsarchiv des deutschen Widerstands, Frankfurt, Nachlaß Oskar Müller, Nachlaß Walter Vielhauer; Archiv der Gedenkstätte Dachau, Nachlaß Otto Kohlhofer; Landesentschädigungsamt (Lea), Akten betr. Dachau. Abgekürzt sind Süddeutsche Zeitung/Dachauer Neueste als SZ/DN und Münchner Merkur/Dachauer Nachrichten als MM/DN.

<sup>2</sup> Siehe Hermann Weiß, Dachau und die internationale Öffentlichkeit. Reaktionen auf die Befreiung des Lagers, in: Dachauer Hefte 1 (1985), S. 12-38.

<sup>3</sup> Siehe Paul Berben, Histoire du Camp de Concentration de Dachau 1933-1945, Brüssel 1966, S. 195 f. Der Bericht ist abgedruckt in den Protokollen des Nürnberger Prozesses: Prozeß Pohl VI, S. 76 f., Doc. L 159.

<sup>4</sup> Diese Toten wurden in markierten Sammelgräbern auf dem städtischen Waldfriedhof bestattet. Ca. 1268 Gräber für über 2400 Tote befinden sich heute dort.

<sup>5</sup> Norbert Frei, Wir waren blind, ungläubig und langsam. Buchenwald, Dachau und die amerikanischen Medien im Frühjahr 1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 35 (1987), S. 385-401, S. 391 mit Anm. 12 und 17.

Zur Einäscherung der unidentifizierbaren Leichen wurde am 3. Mai das Krematorium wieder in Betrieb genommen.<sup>6</sup> Am 7. Mai beschleunigte sich der Verwesungsprozeß wegen eines Wetterumschwungs, so daß ca. 2400 Leichen in Massengräbern bestattet werden mußten. Zu dieser Arbeit wurden Dachauer Zivilisten strafweise herangezogen.<sup>7</sup> Kolonnen von 12 Fuhrwerken mit je 30-40 Häftlingsleichen wurden tagelang durch die Stadt Dachau zum nahegelegenen Leitenberg geführt – ein Bild, das sich in der Erinnerung vieler Dachauer tief eingepägt hat. Als weitere Strafmaßnahme gegen die Zivilbevölkerung mußten Dachauer Frauen die 39 Waggons des „Todeszuges“ reinigen.<sup>8</sup> Schließlich wurde am 8. Mai eine Gruppe prominenter Bürger aus Dachau durchs Lager geführt, damit eine Fotografengruppe ihre Reaktionen auf die Zustände im Konzentrationslager dokumentieren konnte.<sup>9</sup> Zusammen mit den unbeschreiblichen Zuständen im KZ Dachau dürften solche Maßnahmen eine der wesentlichen Ursachen dafür sein, daß noch heute ein nicht unerheblicher Teil der Dachauer Bevölkerung in jeder Erwähnung des ehemaligen Konzentrationslagers einen Vorwurf hört und deshalb eine stark ablehnende Haltung gegenüber der KZ-Gedenkstätte einnimmt.

Die Strafmaßnahmen trafen natürlich auch die Angehörigen der SS, sofern sie verhaftet werden konnten. Beispielsweise mußten SS-Angehörige im Laufschrift den angesammelten Müll von etwa 30000 Menschen beseitigen.<sup>10</sup> Doch sollten die Hauptverantwortlichen in rechtsstaatlichen Gerichtsverfahren vor der deutschen und der Weltöffentlichkeit eine ihren Untaten angemessene Strafe bekommen. Als das Lager sich mit der Repatriierung der nationalen Häftlingsgruppen leerte, begannen die Amerikaner, es für die Internierung von deutschen Tätern einzurichten. Anfang Juli wurde das „War Crimes Enclosure“ (Kriegsverbrecherlager) mit einer Kapazität von 30000 Häftlingen in Dachau eröffnet.<sup>11</sup> Das ehemalige Häftlingslager („Schutzhaftlager“) wurde „SS Compound“ für KZ-Wachverbände und Mitglieder der Waffen-SS; die Funktionäre der NSDAP und andere Verdächtige wurden im SS-Lager und in der KZ-„Plantage“ untergebracht. Bis zum 22. Juli waren schon 8675 SS-Männer im Konzentrationslager interniert worden.<sup>12</sup>

Der erste „Dachauer Prozeß“ begann am 15. November 1945 gegen 40 Angeklagte der Dachauer KZ-Verwaltung. Diese Gruppe schloß nicht nur alle bis

<sup>6</sup> Marcus Smith, The Harrowing of Hell: Dachau, Albuquerque, 1972, S. 188 ff.

<sup>7</sup> Der Antifaschist, 9. 5. 1945.

<sup>8</sup> Interview des Verfassers mit Richard Titze, Dachau, 7. 5. 1990, Tonbandaufzeichnung im Archiv der Gedenkstätte Dachau.

<sup>9</sup> Der Antifaschist, 9. 5. 1945; Hermann Weiß, Dachau und die internationale Öffentlichkeit, 1985, S. 34.

<sup>10</sup> Der Antifaschist, 15. 5. 1945, 18. 5. 1945 und Voice of America, Interview mit Col. Paul Roy, 22. 7. 1945. Ca. 130 Gefangene verluden in 8 Tagen 1033 Lastwagen voller Müll.

<sup>11</sup> Angelika Schafflik, Im Schatten der Nürnberger Urteile. Die Dachauer Prozesse unter besonderer Berücksichtigung des Weiss-Prozesses, Zulassungsarbeit Staatsexamen, München 1986, S. 8. Zur Kapazität siehe SZ, 9. 10. 1945.

<sup>12</sup> Voice of America, Interview mit Col. Paul Roy, 22. 7. 1945.

dahin gefaßten Dachauer Hauptverantwortlichen ein, sondern auch einige Minderschuldige, so daß der Eindruck nicht entstehen würde, das Todesurteil habe in allen Fällen von vornherein festgestanden.<sup>13</sup> Bei der Urteilsverkündung am 13. Dezember wurden 36 der Angeklagten zum Tode verurteilt; 28 Todesurteile wurden im Mai 1946 in Landsberg vollstreckt.<sup>14</sup> Weitere Prozesse gegen die Verwaltungen und Wachverbände anderer Konzentrationslager wurden bis Herbst 1947 in Dachau durchgeführt.<sup>15</sup>

Die Anliegen der Amerikaner deckten sich in diesen Jahren mit den Anliegen der befreiten Häftlinge. Besonders bei der Durchführung der Prozesse gegen das KZ-Personal arbeiteten sie zusammen. Die Verbindung war institutionalisiert in der Dachauer „KZ-Betreuungsstelle“, die Anfang Juni 1945 als „International Information Office“ in der Schleißheimer Str. 90 eingerichtet wurde.<sup>16</sup> Ihre Adressenkartei wurde z. B. benutzt, um eine Zeugenliste für die im November 1945 beginnenden Dachauer Prozesse anzufertigen,<sup>17</sup> und ihre Mitarbeiter waren vermutlich beteiligt an der Zusammenstellung einer Dokumentar Ausstellung im Krematorium mit einer Begleitpublikation, die während der Prozesse im Spätherbst 1945 fertiggestellt wurde.<sup>18</sup>

Die Ausstellung im Krematorium scheint so angelegt gewesen zu sein, daß sie das Geschehen in Dachau möglichst drastisch vor Augen führte. Sie zeigte u. a. lebensgroße Puppen, die, in Häftlings- und SS-Uniformen gekleidet, „Pfablhängen“ und die Prügelstrafe im Lager veranschaulichten. Vor dem Krematorium hatte die Militärregierung ein Schild angebracht:

„This area is being retained as a shrine to the 238000 individuals who were cremated here. Please do not destroy“ (Dieses Areal wird als heilige Stätte erhalten für die 238000 Menschen, die hier eingäschert wurden. Bitte nicht zerstören.)<sup>19</sup>

Wie eine Schlagzeile der *Süddeutschen Zeitung* am 23. November 1945 belegt, wurde diese Zahl spätestens während der Dachauer Prozesse als falsch erkannt (bis heute hat der Internationale Suchdienst des Roten Kreuzes rund 32000 Todesfälle in Lager Dachau registriert),<sup>20</sup> aber noch Jahrzehnte

<sup>13</sup> SZ/DN, 14. 4. 1986, sowie Stuttgarter Zeitung, 14. 11. 1945, S. 1.

<sup>14</sup> SZ, 29. 1. 1946, 3. 5. und 4. 6. 1946, letztere mit Namensliste der 28 Gehenkten.

<sup>15</sup> Der Mauthausen-Prozeß begann am 29. 3. 1946, der Buchenwald-Prozeß am zweiten Jahrestag der Befreiung des Lagers, dem 11. 4. 1947, und der Nordhausen-Prozeß am 7. 11. 1947.

<sup>16</sup> Nachlaß Oskar Müller, Brief vom 30. 5. 1945 an den Dachauer Bürgermeister.

<sup>17</sup> Interview mit Richard Titze, 7. 5. 1990. Titze arbeitete in der Abteilung für Deutsche unter dem Chef der Auskunftstelle, Walter Cieslik.

<sup>18</sup> Eugène Ost, Nach 30 Jahren, in: *Rappel, Numero Special* 1975, S. 219–225, beschreibt die Ausstellung, die er während des ersten Dachau Prozesses gesehen hat. Das kleine „Dachau Album“ war vermutlich die erste Begleitbroschüre zu dieser Ausstellung. Spätere Auflagen des „Albums“ unter dem Titel, Nie wieder!, bzw. Denket daran! enthalten Fotos von den Prozessen und der Ausstellung (ab 1950).

<sup>19</sup> Foto im Archiv der Gedenkstätte, abgedruckt in *Schwäbische Landeszeitung*, 13. 11. 1945, S. 3.

<sup>20</sup> SZ, 23. 11. 1945, S. 1: „30000 Todesopfer in Dachau“.

danach sind Irrtümer und Streit über die genaue Anzahl der Toten entstanden.<sup>21</sup>

Die Häftlinge und die Besatzungsmacht führten auch Gedenkveranstaltungen gemeinsam durch. Die erste große Gedenkveranstaltung in Dachau am 9. November 1945 stand unter dem Zeichen der bald beginnenden Dachauer Prozesse. Dies wird daran deutlich, daß die große Trauerfeier im Dachauer Schloß als „Weltsendung“ mit einem US-Leutnant als Moderator gestaltet wurde.<sup>22</sup> Sie wurde von Radiosendern in ganz Deutschland, Europa und den USA übertragen. Im Gegensatz zu Feiern in anderen deutschen Städten, wo die Militärregierung fast demonstrativ fernblieb, nahmen hohe US-Offiziere daran teil. Ein Vertreter des Internationalen Häftlingskomitees (Arthur Hautlot) war anwesend, wie auch viele Mitglieder der Münchner und bayerischen politischen Prominenz.

Unter dem noch wachsamen Auge der Besatzungsmacht beteiligte sich die Stadt Dachau aktiv an jeder Gedenkfeier. 1946 hielt Bürgermeister Schwalber Ansprachen auf Gedenkveranstaltungen am 10. März,<sup>23</sup> 28. April,<sup>24</sup> 14. September<sup>25</sup> und 9. November.<sup>26</sup> Bei letzterer konnte er stolz darauf verweisen, daß „um die Verbundenheit der Dachauer Bevölkerung mit den Häftlingen (auszudrücken) und insbesondere das Andenken an den gemeinsamen Freiheitskampf wach zu halten“, der Stadtrat am 5. November die Benennung von Straßen nach Dachauer Widerstandskämpfern beschlossen hatte.<sup>27</sup>

Schon in diesem Jahr etablierten sich die drei Anlässe, zu denen Gedenkfeiern in den folgenden Jahrzehnten (z. T. bis heute) in Dachau veranstaltet wurden: der Befreiungstag, der „Tag der Opfer des Nationalsozialismus“ (2. Sonntag im September) und der 9. November.

<sup>21</sup> So beschrieb Martin Niemöller das Schild in einer Radiosendung über einen Besuch in Dachau im Herbst 1945, siehe *Norddeutsche Hefte* 1 (1946), S. 58f. Nach Niemöller lautete die Aufschrift: „Hier wurden/in den Jahren 1933 bis 1945/238.756 Menschen verbrannt“. Bis 1967 hat niemand Niemöller korrigiert, siehe *Das freie Wort*, Düsseldorf, 16. 6. 1967. Vor allem die „Deutsche Nationalzeitung“ hat diese falsche Zahl angefochten und dazu benutzt, die „Gaskammerlüge“ zu propagieren. Siehe Ausgabe v. 3. 3. 1961: „Die Wahrheit über das KZ Dachau/Wurden in Dachau 238756 Menschen ermordet oder gab es im ganzen Altreich keine Gaskammern?“.

<sup>22</sup> Nachlaß Josef Schwalber, Kapsel 25. Siehe auch SZ, 16. 11. 1945, *Schwäbische Landeszeitung*, 13. 11. 1945 und *Dachauer Amtsblatt*, 17. 11. 1945.

<sup>23</sup> Siehe HStA, Nachlaß Josef Schwalber 01, Redemanuskript v. 10. 3. 1946.

<sup>24</sup> SZ, 19. 4. 1946. Diese Gedenkfeier wurde von der KZ-Betreuungsstelle durchgeführt. Dabei wurde ein Denkmal von dem ehemaligen Häftling Hermann Riemer auf dem Waldfriedhof eingeweiht. Siehe Nachlaß Josef Schwalber 02, Schreiben v. 24. 5. 1950, und Kapsel 01, Redemanuskript.

<sup>25</sup> SZ, 20. 9. 1946.

<sup>26</sup> Nachlaß Josef Schwalber 01, Redemanuskript zum 9. 11. 1946.

<sup>27</sup> Der Platz an der Stadtlinde wurde nach diesem Beschluß „Widerstandsplatz“ benannt. Zum Verschwinden des Namensschildes vom Platz (vermutlich in den 1950er Jahren) und aus dem kollektiven Gedächtnis sowie zu seiner Wiederentdeckung Anfang der 1980er Jahre, siehe SZ, 15. 1. 1981.

## II.

Bereits Anfang des Jahres 1948 machte sich der Landtag Gedanken über die weitere Verwendung des ehemaligen Konzentrationslagers in Dachau. Auf Antrag des sozialpolitischen Ausschusses wurde am 16. Januar 1948 von allen Parteien einstimmig beschlossen, daß die Staatsregierung zu beauftragen sei,

„mit der Militärregierung umgehend Verhandlungen aufzunehmen, um auf dem schnellsten Wege Lagerobjekte freizubekommen (Dachau) zur Errichtung von Arbeitslagern für asoziale Elemente. ... [Die] Bedeutung der Arbeitslager als Stätten der Umerziehung von arbeitsscheuen Elementen zu willig arbeitenden Menschen“ sei hervorzuheben.<sup>28</sup>

Bis in die Formulierung hinein macht dieses Vorhaben deutlich, daß der Symbolwert des ehemaligen KZs Dachau in der bayerischen Öffentlichkeit ein völlig anderer war als in der Weltöffentlichkeit, die das Lager als einen Ort des Massenmordes ansah. Die bayerische Bevölkerung betrachtete es dagegen keineswegs als eine durch das Blut der Opfer „geheiligte“ Stätte (wie das Schild der US-Amerikaner am Krematorium bekundet hatte), sondern als einen Ort, dessen schändliche Geschichte durch neue Nutzungen verdeckt werden könnte. In den 1950er Jahren gibt es mehrere Beispiele für das behördliche Bemühen um Vergessen.

Zur Einrichtung eines Arbeitslagers im ehemaligen Konzentrationslager Dachau ist es nicht gekommen. Da mit der Verschärfung des Ost-West Konflikts der Strom der Zuwanderer aus dem Osten sich verstärkte, beschloß der Bayerische Landtag am 29. April 1948, alle frei werdenden Internierungslager für die Unterbringung von Flüchtlingen zu benutzen.<sup>29</sup> Im Frühjahr 1948 fanden Massenentlassungen aus dem Internierungslager Dachau statt,<sup>30</sup> so daß die Flüchtlingsverwaltung es im September übernehmen konnte.<sup>31</sup> Am 22. September 1948 bewilligte der Landtag drei Millionen DM für den Umbau des ehemaligen KZs zu einem Wohnlager; am 2. Dezember kamen 2,26 Millionen DM dazu.<sup>32</sup>

Der Verdrängungswunsch der Behörden wird nicht nur in der Tatsache der Neuverwendung des Lagers als Wohnsiedlung sichtbar. Er fand seinen sprachlichen Niederschlag auch in den Schriftzeugnissen der bayerischen

<sup>28</sup> Verhandlungen des Bayerischen Landtags, Bd. 2 (1947/48), S. 587–589.

<sup>29</sup> Verhandlungen des Bayerischen Landtags, Bd. 2 (1947/48), S. 1346.

<sup>30</sup> Von ca. 25 000 Internierten im Jahr 1946 war die Zahl bis März 1947 auf etwa 12 000 gesunken. Siehe Neue Zeitung, 10. 3. 1947. Zu den Entlassungen siehe Neue Zeitung, 12. 4. 1948 und SZ, 25. 5. 1948, sowie Stk 113953, Besprechungsauftrag zum 5. 7. 1948.

<sup>31</sup> MArb 79/645. Dieser Akt enthält Unterlagen über einen Hungerstreik vom 3. – 10. 9. 1948 im nahegelegenen „Durchgangslager“ Dachau-Rothschwaige. Mit dieser von der in- und ausländischen Presse aufmerksam verfolgten Aktion setzten die dortigen Flüchtlinge die Staatsregierung massiv unter Druck. Siehe unten, Anm. 34.

<sup>32</sup> Verhandlungen des Bayerischen Landtags, Bd. 3 (1948), S. 88 und 359.

Behörden, wo die Rede ausschließlich vom „ehemaligen Interniertenlager“ ist.<sup>33</sup> Nur der Staatskommissar der Verfolgten Philipp Auerbach und der Flüchtlingsvertreter Egon Herrmann sprachen vom „ehemaligen Konzentrationslager“.<sup>34</sup>

Die Fortan von der Flüchtlingsverwaltung gepriesene „Wohnsiedlung Dachau-Ost“<sup>35</sup> wurde im Laufe des folgenden Jahrzehnts mehrfach ausgebaut. Industrieunternehmen, Geschäfte, Gaststätten, Kinos, eine Schule und ein Kindergarten wurden eingerichtet. Die Lagerstraße wurde geteert, eine Verbindungsstraße zur Stadt Dachau geschaffen, und die Wasser- und Stromversorgung erneuert. Während die Bewohner selbst unter der Leitung von Egon Herrmann ein mustergültiges gemeinnütziges Wohnbauunternehmen gründeten, um aus dem „Elendslager“ herauszukommen,<sup>36</sup> verlegte die Flüchtlingsverwaltung noch bis 1957, als ehemalige KZ-Häftlinge einen Aufnahmestopp durchsetzten, Menschen aus anderen Lagern nach Dachau.

Das aktive Überdecken der Erinnerung an das KZ Dachau war begleitet von einem allgemeinen passiven Vergessen-Lassen. Das wird an den Vorgängen um die Massengräber auf der Leiten 1949 deutlich. Anfang September 1949 wurde bei der Gewinnung von Sand am Hang des Hügels ein Massengrab aufgedeckt. Ein ehemaliger Häftling sah die Knochen und machte die Presse darauf aufmerksam.<sup>37</sup> Am 9. September machte der Knochenfund Schlagzeilen in den USA,<sup>38</sup> und der US-Landkommissar richtete eine offizielle Anfrage an Ministerpräsident Ehard.<sup>39</sup>

Die genaue Lage der Massengräber, die die SS 1944/45 und die US-Armee

<sup>33</sup> Siehe MArb 79/1057, Abschrift einer Aktennote v. 8. 10. 1948 über eine Regie-Besprechung am 7. 10. 1948 „im ehem. I.- u. A.-Lager Dachau“, oder ebenda, Brief des Regierungsbeauftragten Dr. Rau v. 6. 11. 1948 betr.: „Flüchtlingwohnlager Dachau (ehem. Interniertenlager)“.

<sup>34</sup> Die Angst vor der Erinnerung an das KZ nutzte Herrmann sogar geschickt aus. Auf einer von ihm geleiteten Vollversammlung am 14. 11. 1948 wurde eine Resolution verabschiedet, in der es hieß, da alle Verhandlungen mit der Staatsregierung gescheitert seien, „soll man Gaskammern und Krematorien bauen und uns vernichten, lieber schnell und schmerzlos als langsam uns verhungern zu lassen.“ Dieser Satz wurde später von Staatssekretär Jaenicke mehrfach rot angestrichen.

<sup>35</sup> Siehe MArb 79/71, Referat über die Entstehung und Zukunft des Bauvorhabens von einem Angestellten im Staatskommissariat für das Flüchtlingswesen auf einer Pressekonferenz am 31. 1. 1949 in der „Wohnsiedlung Dachau-Ost“.

<sup>36</sup> Zur Entstehung des Projektes siehe Dachauer Anzeiger, 28. 2. 1950, „Egon Herrmann schaltet um. 250 neue Wohnungen auf ehemaligem SS-Grund geplant.“ Laut Fränkischer Landeszeitung v. 24. 5. 1950 wollte der Deutsche Gewerkschaftsbund Herrmanns Modell für Siedlungsprogramme der Gewerkschaften übernehmen. Die Bundesminister Lukaschek und Wildermuth waren Ehrenmitglieder der von Herrmann gegründeten „Sozialen Baugenossenschaft Dachau-Ost“.

<sup>37</sup> Interview mit Richard Titze, 7. 5. 1990. Laut Titze war der Finder Simon Renne.

<sup>38</sup> Siehe New York Times und New York Herald Tribune, 9. 9. 1949, Münchner Merkur, 12. 9. 1949 und SZ, 15. 12. 1949. Siehe auch Der Spiegel Nr. 11, 16. 3. 1950, S. 4.

<sup>39</sup> MM, 12. 9. 1949.

im Mai 1945 angelegt hatten, wurde durch Stichgrabungen festgestellt.<sup>40</sup> Im Landratsamt wurden genaue Lagepläne wiederentdeckt.<sup>41</sup> Die angenommene Zahl der Leichen schwankte zwischen 3000 und 20500<sup>42</sup> – tatsächlich waren es 6228.<sup>43</sup> An Ort und Stelle befanden sich nur ein Holzkreuz und ein Davidstern – keine erklärenden Hinweise.<sup>44</sup> Während die Stadt Dachau und die Bayerische Staatsregierung sich die Verantwortung für die Vernachlässigung der Gräber gegenseitig zuschoben, versuchte ein Untersuchungsausschuß des US-Landkommissars, Klarheit in die Angelegenheit zu bringen.<sup>45</sup>

Was war seit 1945 auf der Leiten geschehen?<sup>46</sup> Im Auftrag der Militärregierung wurde im Sommer 1945 ein Wettbewerb für ein Denkmal ausgeschrieben. Wegen heftiger Kritik an dem im Oktober von den bayerischen Behörden ausgewählten Entwurf<sup>47</sup> wurden die Bauarbeiten im November eingestellt.<sup>48</sup> Während das Kultusministerium sich um einen neuen Entwurf bemühte, ließ die Dachauer Stadtverwaltung das Holzkreuz und den Davidstern aufstellen und Blumen anpflanzen. Doch nach der Währungsreform im Juni 1948 hatte die Stadt keine Mittel für die Pflege, so daß die Anlage langsam verkam.

Die Einsendungen zu zwei weiteren Wettbewerben waren 1946/47 vom Kultusministerium verworfen worden,<sup>49</sup> und das Denkmalprojekt blieb schließlich in einer Behördenschublade in München liegen. Diese Vergeßlichkeit mag sogar vorsätzlich gewesen sein, denn die Behörden reagierten nicht, als überlebende Häftlinge im Frühjahr 1949 sich um die Bereitstellung von Landesmitteln für die Anpflanzung eines Ehrenhains bemühten.

Der „Fall Leitenberg“ interessierte auch die französische Öffentlichkeit. Zwei Delegationen prominenter ehemaliger Dachau-Häftlinge besichtigten die

<sup>40</sup> SZ, 23. 9. 1949 und 28. 9. 1949.

<sup>41</sup> Dies wurde von dem damaligen Landrat Heinrich Junker später als Anekdote erzählt, siehe SZ, 22. 11. 1981.

<sup>42</sup> MM, 24. 9. und 28. 9. 1949. Nach dem amtlichen Untersuchungsergebnis vom Januar 1950 waren ca. 5600 Leichen von der SS begraben worden, dazu 2100–2500 nach der Befreiung des Konzentrationslagers. Das ursprünglich aufgedeckte Sammelgrab enthielt 29 Skelette, die aus dem vorigen Jahrhundert stammten.

<sup>43</sup> Dies wurde bei der vollständigen Exhumierung 1955–58 festgestellt, siehe SZ, 16. 5. 1959.

<sup>44</sup> Neue Zeitung, 9. 9. 1949.

<sup>45</sup> SZ, 24. 9. 1949 und 29. 9. 1949.

<sup>46</sup> Sofern nicht anders angegeben, beruht die folgende Darstellung auf einem zusammenfassenden Bericht von Paul Hussarek in Dachauer Stimmen, Nr. 1, 2. 11. 1949.

<sup>47</sup> Der Entwurf stammte von Prof. Karl Knappe, dem Schöpfer des Gefallenendenkmals vor dem Armeemuseum in München, siehe SZ, 26. 10. 1945. Knappe übergab das Denkmalsmodell 1960 dem ehemaligen Dachauer Bürgermeister Schwalber mit einer Erklärung zu seiner künstlerischen Intention, siehe SZ, 30. 7. 1960 und Nachlaß Josef Schwalber 25.

<sup>48</sup> SZ, 13. 11. 1945.

<sup>49</sup> HStA, Stk 113625, Vormerkung v. 7. 11. 1949 über telefonische Anfrage der Bundeskanzlei wegen offizieller franz. Anfrage betr. Dachauer Gräberanlagen.

Baggerarbeiten und die Massengräber und ergänzten den Bericht des französischen Außenministers Schuman vor der Nationalversammlung am 13. Dezember 1949.<sup>50</sup> Dabei verpflichtete sich Schuman, dafür zu sorgen, daß die Bundesrepublik Gräber von NS-Opfern nicht aufgeben dürfe. Die Vorschrift wurde in einer Zusatzklärung zu den Pariser Verträgen aufgenommen, die im Mai 1955 in Kraft traten – gerade noch rechtzeitig, um die geplante Schließung des Dachauer Krematoriums zu verhindern.

Die politische Brisanz des Vorfalles für die Bayerische Staatsregierung wird u. a. an dem großen Aufwand deutlich, mit der sie die Herrichtung der Stätte mit vorläufiger Einweihung am 16. Dezember 1949 betrieb.<sup>51</sup> Die Konsulate Frankreichs, der USA, Großbritanniens und der Tschechoslowakei waren vertreten; Bundesflüchtlingsminister Lukaschek, Landtagsabgeordnete, Senatoren, Vertreter der Parteien und der Häftlingsorganisationen waren außerdem anwesend. Trotz solcher Bemühungen blieb die internationale Öffentlichkeit zunächst kritisch. Die Ergebnisse der Regierungsuntersuchung erschienen am 19. Januar 1950 mit Schlagzeilen wie „Kein Verschulden am Leitenberg“ und „Zusammentreffen widriger Umstände“<sup>52</sup>, aber sie wurden von maßgeblichen Kreisen nicht anerkannt. Sowohl der US-Landkommissar wie der französische Generalkonsul wie auch die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) ließen kritische Stellungnahmen verlauten.<sup>53</sup>

Die VVN hatte sich schon 1948 beim Staat unbeliebt gemacht, als sie Anspruch auf die von Häftlingen geschaffene, aber nach einer alliierten Direktive dem Staat zufallende KZ-„Plantage“ erhob.<sup>54</sup> Spätestens während des „Leiten-Skandals“ wurde ihre Ausgrenzung offensichtlich. Im Zuge des sich verschärfenden Ost-West Gegensatzes verließen viele Verfolgtenorganisationen 1948/49 die VVN. In München formierten sie sich 1949 neu im „Landesrat für Freiheit und Recht“. Philipp Auerbach, der als staatlicher Repräsentant der ehemals Verfolgten fungierte, trat im Mai 1949 aus der VVN aus und wurde Mitglied des Landesrats.<sup>55</sup> Die „Arbeitsgemeinschaft Dachau“ innerhalb der VVN<sup>56</sup> mußte ihre für den 30. April geplante Gedenkveranstaltung vorverlegen, weil Auerbach an dem Tag eine Staatsfeier im Lager durchführen wollte, um das „Denkmal des unbekanntem Häftlings“

<sup>50</sup> Annales de l'Assemblée Nationale, Séance du 13. 12. 1949, S. 6797–6811.

<sup>51</sup> SZ, 17. 12. 1949.

<sup>52</sup> MM u. SZ, 19. 1. 1950.

<sup>53</sup> Zur Reaktion des US-Landkommissariats siehe Neue Zeitung, 11. 3. 1950 und SZ, 28. 4. 1950 (Original des Briefes in Stk 113625); für Frankreich siehe Stk 113625, Vormerkung über Besuch des Generalkonsuls am 19. 1. 1950, und für die VVN, siehe Archiv der Gedenkstätte Dachau, Verlautbarung der VVN München zum amtlichen Untersuchungsergebnis Leitenberg, 20. 1. 1950, 2S.

<sup>54</sup> Siehe Stk 113645.

<sup>55</sup> SZ, 12. 5. 1949.

<sup>56</sup> Siehe Nachlaß Oskar Müller, Protokoll der Gründungsversammlung der Arbeitsgemeinschaft Dachau am 28. 1. 1950.

vor dem Krematorium zu enthüllen.<sup>57</sup> Doch das Kräfteverhältnis der beiden Gruppen war noch unentschieden.

Zu den Veranstaltungen des „kommunistischen Konkurrenzunternehmens“ (lt. Auerbach<sup>58</sup>) am 16. April 1950 auf dem Dachauer Marktplatz und auf der Leiten waren etwa 1000 ehemalige Häftlinge aus der Bundesrepublik, der DDR, Frankreich und Österreich gekommen.<sup>59</sup> Am 30. April war die Beteiligung an der vom Staat ausgerichteten Feier wesentlich geringer, dafür umso prominenter: anwesend waren u. a. der österreichische Bundeskanzler Figl, Justizminister Michelet aus Frankreich, US-Landkommissar Bolds, Bundesflüchtlingsminister Lukaschek und Ministerpräsident Ehard.<sup>60</sup>

Die Bemühungen der Bayerischen Staatsregierung waren nicht auf diese Feier beschränkt. Die 493 KZ-Begräbnisstätten in Bayern wurden zusammengelegt und neugestaltet. In zwei Tagen im Juni weihte Auerbach 35 KZ-Friedhöfe ein.<sup>61</sup> Das Landesentschädigungsamt zahlte in der zweiten Jahreshälfte 1950 12000 DM an das („nichtkommunistische“) Internationale Häftlingskomitee aus,<sup>62</sup> das am 29. April von Albert Guérissse in den Räumen des Landtags neugegründet worden war.<sup>63</sup> Für die Neugestaltung des Leitenfriedhofs wurde die für damalige Verhältnisse enorm hohe Summe von 650000 DM veranschlagt.<sup>64</sup> Am „Tag der Opfer des Faschismus“, dem 10. September 1950, wurde eine von Auerbachs Mitarbeiter Erich Preuss neugestaltete Ausstellung im Krematorium eröffnet und eine überarbeitete Version der Begleitpublikation der Öffentlichkeit präsentiert.<sup>65</sup> Eine Zufahrtsstraße vom Krematorium zur Alten Römerstraße wurde erbaut, damit Besucher das US-Militärgelände in der ehemaligen SS-Kaserne nicht mehr betreten mußten.<sup>66</sup>

<sup>57</sup> Archiv der Gedenkstätte Dachau, Veranstaltungsprogramm vom 19. 4. 1950. Am 1. September 1949 (vor Bekanntwerden des Knochenfundes) hatte Auerbach zu einer Spendensammlung für das Denkmal aufgerufen, siehe SZ, 10. 9. 1949.

<sup>58</sup> SZ, 14. 4. 1950.

<sup>59</sup> SZ, 17. 4. 1950. Siehe auch Stk 113625, Abschrift Brief Arbeitsgemeinschaft Dachau an Kultusministerium, 29. 3. 1950. Eine ablehnende Antwort erhielt sie am 5. 4. 1950. In Stk 113627 befindet sich ein Polizeibericht über die Veranstaltung.

<sup>60</sup> Außerdem kamen zahlreiche Landtags- und Regierungsmitglieder, Weihbischof Neuhäuser und andere mit Rang und Namen. Die Zeremonie wurde von US-Militärmaschinen in Kreuzformation überflogen, siehe SZ, 26. 4. und 2. 5. 1950.

<sup>61</sup> Stk 113627, Brief Auerbach an Ehard mit Programm und Bericht v. 19. 5. 1950.

<sup>62</sup> Siehe Lea, Schreiben v. 7. 9. 1954 an Anton Karl, sowie SZ, 5. 7. 1950.

<sup>63</sup> SZ, 2. 5. 1950 und Dachauer Anzeiger, 6. 7. 1950. Mit einigen Unterbrechungen blieb Albert Guérissse Präsident des Internationalen Dachaukomitees bis zu seinem Tod im April 1989.

<sup>64</sup> Nachlaß Josef Schwalber 25, Besprechung über die Gestaltung des Leitenbergs am 10. 10. 1950. Die Gedenkhalle kostete schließlich 100000 DM, siehe SZ, 18. 9. 1951. Die Bauarbeiten für die Halle wurden im Mai 1951 aufgenommen, das Richtfest am 17. 9. 1951 gefeiert.

<sup>65</sup> Stk 113626, Protokoll v. 27. 7. 1950. Zur Ausstellung siehe Mitteilungsblatt des Lea Sept./Dez. 1950, Never again! Nie wieder! Jamais plus!, sowie SZ, 5. 9. und 7. 9. 1950.

<sup>66</sup> Stk 113627, Bericht v. 3. 2. 1951; Stk 113626, Aktennotiz v. 15. 2. 1951.

Solche ungewöhnlichen Maßnahmen dürfen nicht als Zeugnisse des hohen Ansehens der ehemals Verfolgten in der bundesdeutschen Öffentlichkeit gewertet werden. Vielmehr war Dachau ein Dorn im Auge des Staates, und sobald es nicht mehr in den ausländischen Schlagzeilen war,<sup>67</sup> versuchte man wieder, es aus der öffentlichen Erinnerungspflege verschwinden zu lassen. Die Pläne der Arbeitsgemeinschaft Dachau für eine Gedenkfeier im April 1951 wurden nach Möglichkeit sabotiert: ihr wurde die Vorführung eines Films zum Jahrestag der Massenverhaftungen im März 1933 verboten,<sup>68</sup> und ihre Gedenkfeier am 15. April wurde öffentlich als „kommunistisch“ diffamiert. Anstatt eine offizielle Gedenkfeier für die KZ-Opfer vom 29. April 1951 durchzuführen, war die Staatsregierung damit beschäftigt, vom 28. April bis zum 5. Mai eine „Gedenkwoche für die deutschen Kriegsgefangenen“ zu veranstalten.<sup>69</sup> In dieser Zeit wurden sowohl die VVN als auch die Arbeitsgemeinschaft Dachau und der „Arbeitsausschuß der Dachauer KZ-Häftlinge“ von der Münchner Polizei überwacht.<sup>70</sup>

Im nächsten Jahr fand eine Medienkampagne gegen die Ausstellung im Krematorium statt. Ein Redakteur der „Süddeutschen Zeitung“ besuchte im Januar 1952 die Gedenkstätte im Krematorium. Sein langer Bericht schloß mit den Worten: „Es muß etwas geschehen . . .“. Der begleitende Kommentar ließ keinen Zweifel an der Bedeutung des „etwas“: jede Erinnerung an das KZ sollte verschwinden.<sup>71</sup> Der Artikel wurde bundesweit vielfach nachgedruckt,<sup>72</sup> und der Wink der Medien wurde verstanden. Um die Ausstellung räumen zu können, mußte die Anlage jedoch aus der Zuständigkeit des verfolgten Landesentschädigungsamts genommen werden.

Nach dem Skandal um die Leiten-Gräber waren die Dachauer Gedenkstät-

<sup>67</sup> Wenn es auch nicht mehr Schlagzeilen machte, so war das Lager Dachau zu dieser Zeit vom Ausland keineswegs vergessen. Im Sommer 1951 besuchten täglich 400 Menschen aus 32 Ländern die Ausstellung im Krematorium (SZ, 28. 6. 1951). Im Winter 1951/52 gab es an Wochentagen ca. 20 und an Sonntagen ca. 400 Besucher (SZ, 12. 1. 1951). Es kamen also im Sommer monatlich ca. 12000 und im Winter ca. 2000 Besucher (SZ, 12. 1. 1952). Legt man der Hochrechnung die saisonalen Schwankungen ab 1954 zugrunde (als die amtliche Registrierung monatlicher Besucherzahlen begann), ergibt sich für 1951–1952 eine Zahl von jährlich ca. 110000 Besuchern. Wenn man die späteren Proportionen zurückprojiziert, kann man davon ausgehen, daß über 80% dieser Interessierten aus dem Ausland kamen.

<sup>68</sup> SZ, 12. 3. 1951. Der Film „Krieg dem Kriege“ war vom Vatikan hergestellt worden.

<sup>69</sup> Stk 114829. Das gesamte Kabinett wurde zur Teilnahme aufgefordert, und eine Beflagung der Innenstadt wurde neben Verkehrsstille und Glockenläuten angeordnet. Bis 1956 blieben die Kriegsgefangenenveranstaltungen Schwerpunkt der staatlichen Gedenkaktivitäten.

<sup>70</sup> Nach Unterlagen im Münchner Stadtarchiv. Siehe Lea: Marita Krauss, Verfolgtenbetreuung und Wiedergutmachung am Beispiel von München und Oberbayern (1945–1952), unveröffentlichtes Manuskript, o. D., Anm. 241.

<sup>71</sup> SZ, 12. 1. 1952, Bericht von J. Steinmayr und „Streiflicht“.

<sup>72</sup> Er erschien am 25. 1. 1952 in den Ruhr-Nachrichten und wurde am 15. 4. 1952 leicht gekürzt von der Hamburger Agentur Nordpress verbreitet. Siehe auch Zeit und Bild, 19. 4. 1952.

ten im Juni 1950 aus der Verantwortung der „Staatlichen Verwaltung der bayerischen Schlösser, Gärten und Seen“ genommen und unter die Obhut des Landesentschädigungsamts gestellt worden.<sup>73</sup> Im Oktober 1950 und wiederum im Januar 1951 beschloß der Ministerrat, an dieser Regelung festzuhalten und die „Entwicklung abzuwarten“.<sup>74</sup>

Im Herbst 1952 bekam die Schlösser- und Seenverwaltung die Anlage zurück. Bei der Gedenkfeier am 30. April 1953 beschwerten sich die ehemals Verfolgten, daß amtliche Stellen sich damals überhaupt nicht mehr beteiligten.<sup>75</sup> Kaum war der Protest ohne Aufsehen verhallt, trat die Schlösserverwaltung in Aktion. Bereits am 12. Mai 1953 wurde die Ausstellung im Krematorium geräumt.<sup>76</sup>

Die Entfernung der Ausstellung scheint dem Verlangen nach Vergessen nicht genügt zu haben. Angeblich um den Ruf Dachaus vor Propaganda über Vergasungen zu schützen, aber vermutlich eher, um den Strom der Besucher weiter einzudämmen (von Juni bis November 1954 kamen 45000 Besucher, davon über 75% aus dem Ausland), beantragte der Dachauer Landtagsabgeordnete Heinrich Junker (CSU) am 27. Juni 1955 die Schließung des Krematoriumsgeländes.<sup>77</sup> Ein Sturm der Entrüstung aus Kreisen der ehemals Verfolgten brach los, aber der Antrag hatte auch seine Befürworter. Der Landwirtschaftsminister und stellvertretende Ministerpräsident Baumgartner (BP) forderte Anfang August auf dem Dachauer Volksfest, daß „das Krematorium verschwinden“ solle, um mit der „Diffamierung des Dachauer Landes“ Schluß zu machen.<sup>78</sup> Wie Junker meinte er, ein stilles Denkmal auf der Leiten sei der geeignete Weg, der Nazi-Verbrechen zu gedenken.

Landrat Junker mußte jedoch am 20. September 1955 seinen Antrag zurückziehen, als bekannt wurde, daß das Zusatzabkommen zu den Pariser Verträgen die Unantastbarkeit von Grabstätten von Opfern des NS-Regimes festlegte.<sup>79</sup> Kurze Zeit später ließ er sämtliche Wegweiser zur Gedenkstätte entfernen,<sup>80</sup> wie auch die Originalbeschriftung „Brausebad“ an der Gaskammer.<sup>81</sup>

<sup>73</sup> Siehe Stk 113627, Rundbrief des Innenministeriums v. 6. 6. 1950.

<sup>74</sup> Stk 113628, Brief Staatskanzlei an Kultusministerium v. 22. 5. 1951.

<sup>75</sup> SZ, 1. 5. 1953.

<sup>76</sup> Stk 113628, Abschrift eines Briefes der Bayer. Schlösserverwaltung, Dr. Kiefer, v. 12. 5. 1953 an Preuss, Brief Preuss an Finanzminister Zietsch v. 13. 5. 1953.

<sup>77</sup> Bayer Landtagsdienst v. 27. 7. 1955. Der Antrag wurde schon eine Woche früher angekündigt. Siehe SZ, 20. 7. u. 21. 7. 1955 (Protest Landesrat Freiheit und Recht, Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten, Israelitische Kultusgemeinde), 22. 7. 1955 (Streiflicht), 26. 7. 1955 (Jüdische US-Soldaten), 13. 8. 1955 (polnischer Protest); Abendzeitung, 21. 7. 1955 (Pressekonferenz von Hoegner und Kabinett) und 5. 9. 1955 (Kommentar); Dachauer Nachrichten, 10. 9. 1955 (KZ-Priestergemeinschaft); sowie zusammenfassend Frankfurter Rundschau, 29. 7. 1955, und Fürstentfeldbrucker Tagblatt, 5. 9. 1955.

<sup>78</sup> SZ, 11. 8. 1955.

<sup>79</sup> SZ, 21. 9. 1955, Times (London), 22. 9. 1955.

<sup>80</sup> Bayerisches Volksecho, 10. 10. 1955.

<sup>81</sup> Leserbrief von Adolf Bauer in: SZ, 22. 10. 1955.

### III.

Der Grundstein zur Offensive der ehemaligen Häftlinge gegen die staatlichen Beseitigungsbemühungen wurde 1953 gelegt. Am 6./7. Juni 1953 wurde eine internationale Pilgerfahrt von der Arbeitsgemeinschaft Dachau durchgeführt, an der Kameraden aus Belgien, Frankreich, den Niederlanden und Österreich teilnahmen.<sup>82</sup> Im Dachauer Schloß standen die Bundesdeutschen ihren ausländischen Kameraden Rede und Antwort über die Entwicklungen in ihrem Land (Remilitarisierung, Rechtsradikalismus)<sup>83</sup>. Für den 29. April 1955 wurde eine Zusammenkunft aller ehemaligen Dachauer Häftlinge beschlossen.<sup>84</sup> Das internationale Verbindungsnetz verdichtete sich in der folgenden Zeit. So trafen sich z. B. viele ehemalige Dachauer Häftlinge bei der Eröffnung eines Museums in Buchenwald im April 1954.<sup>85</sup> Der Kongreß der „Fédération Internationale des Résistants“ im Dezember 1954 in Wien beschloß, den Kongreß zum 10. Befreiungstag 1955 in Dachau abzuhalten. Obwohl diese Veranstaltung am 7./8. Mai ein großer organisatorischer und publizistischer Erfolg war, mußte harte Arbeit geleistet werden, bevor die Distanz zwischen den antikommunistischen und den kommunistisch orientierten ehemaligen Häftlingen überbrückt werden konnte. Der „Landesrat für Freiheit und Recht“, der die Unterstützung der SPD (Hoegner), CSU (Hundhammer), FDP, der Israelitischen Kultusgemeinden und kirchlicher Kreise (Neuhäusler) hatte, lehnte die gemeinsame Veranstaltung einer Feier ab.<sup>86</sup> So führte er seine eigene Feier am 24./25. April mit prominenten Staatsvertretern (Ministerpräsident Hoegner, Landtagspräsident Ehard) durch.<sup>87</sup> Die Dachauer Häftlingsorganisationen verbanden ihre Feier zwei Wochen später mit einer Sitzung zur Neugründung des Internationalen Häftlingskomitees (Comité International de Dachau, CID) von 1945 – diesmal auf breiter Basis, im Gegensatz zur Gründung im April 1950.<sup>88</sup> Die deutsche Lagergemeinschaft bemühte sich auch um die Gunst der Dachauer Bevölkerung<sup>89</sup> – und ihre Arbeit blieb nicht ohne Wirkung. Mit weit über 1000 Teilnehmern und sehr positiver Presseberichterstattung war die Veranstaltung ein voller Erfolg.

In mühsamer Kleinarbeit wurden in den nächsten Jahren Personen in Schlüs-

<sup>82</sup> Archiv der Gedenkstätte Dachau, Plakatsammlung, Plakat zum 6./7. 6. 1953.

<sup>83</sup> Archiv der Gedenkstätte Dachau, Dachauer Stimmen, Einzelnummer zum 6./7. 6. 1953, 20 S.

<sup>84</sup> Ebenda, S. 18 f.

<sup>85</sup> Wie das Folgende, Interview des Verfassers mit Otto Kohlhofer, 15. 7. 1987.

<sup>86</sup> Archiv der Gedenkstätte Dachau, Protokoll der Sitzung der Int. Lagergemeinschaft Dachau v. 17. 2. 1955; Nachlaß Oskar Müller, gedruckter undatierter Brief der Lagergemeinschaft Dachau/Kohlhofer und Maislinger an Kameraden und Kameradinnen mit Programm des 8. 5. 1955, 1 S.; zu den Aktivitäten des Landesrates siehe Stk 112120.

<sup>87</sup> Siehe SZ, 25. 4. 1955; Hoegners Rede befindet sich in Stk 112557.

<sup>88</sup> Einige Unterlagen zur Vorbereitung sind im Nachlaß Otto Kohlhofer enthalten.

<sup>89</sup> Nachlaß Oskar Müller, Postwurfsendung, Lagergemeinschaft Dachau, i. A. Otto Kohlhofer, an alle Haushaltungen in Dachau.

selpositionen für die Errichtung einer Gedenkstätte in Dachau gewonnen. Ein wichtiger Bündnispartner war Leonhard Roth, derzeit Kurat im „Wohnlager Dachau-Ost“. Roth war ein ehemaliger Dachau-Häftling, der seit der Befreiung im Lager geblieben war, zuerst als Pfleger von Typhuskranken, dann als Seelsorger für die internierten SS-Männer, und schließlich als Gemeindegeistlicher für die Neubürger aus dem Osten. Roth hatte sich von Anfang an für das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus eingesetzt.<sup>90</sup> Sein Protestbrief gegen die Schließung des Krematoriums war der erste, der beim Ministerpräsidenten einging.<sup>91</sup>

Doch zunächst stand Roth fest auf der Seite des antikommunistischen Landrats für Freiheit und Recht und lehnte alle Pläne für ein Museum ab. Als das CID im April 1956 den Abriß sämtlicher Nachkriegsbauten auf dem Appellplatz<sup>92</sup> forderte, schrieb Roth, der im Herbst 1945 den Bau einer Holzkirche neben dem Jourhaus durch internierte SS initiiert hatte,<sup>93</sup> einen offenen Protestbrief, der weite Verbreitung fand.<sup>94</sup> Otto Kohlhofer trat als ehemaliger Häftling an ihn heran und konnte ihn für die Sache der Gedenkstätte gewinnen.<sup>95</sup> Fortan nahm das Komitee Abstand vom Abriß der Kirche, und Roth wurde Vertreter der Geistlichen im Comité International de Dachau. Der Nutzen eines Bündnispartners „vor Ort“ zeigte sich im Juli 1957, als Roth den vollständigen Abriß einiger Wachtürme durch die Baubehörde verhindern konnte.<sup>96</sup> Weitere Personen, die Otto Kohlhofer auf der Ebene „Häftling zu Häftling“ für die Gedenkstätte gewinnen konnte, waren Landwirtschaftsminister Hundhammer und Weihbischof Neuhäusler.<sup>97</sup>

Dank guter Vorbereitung fand die Befreiungsfeier am 29. April 1956 ein breites Echo in der Öffentlichkeit.<sup>98</sup> Ansprachen wurden gehalten von Vertretern aus sechs Ländern. Vertreter der damaligen Bewohner des ehemaligen KZ-Geländes kamen zur CID-Versammlung und es wurde beschlossen, gemeinsam vorzugehen bei der Forderung nach der Räumung des Lagers. Ein Transparent wurde im Lager aufgehängt mit der Aufschrift: „Wir wollen raus

<sup>90</sup> Roth hielt die Gedenkpredigt am 29. 4. 1946; siehe auch Neue Zeitung, 1. 11. 1951 zu seiner Gedenkansprache v. Allerheiligen 1951.

<sup>91</sup> Stk 113628, Antwort auf Eingabe v. 22. 7. 1955.

<sup>92</sup> Im November 1951 wurde eine kleine „evangelische Notkirche“ eingeweiht. Außerdem gab es eine Pförtnerloge zur Lederfabrik, Wohnbaracken, ein Heizkraftwerk und diverse andere Bauten, die auf erhaltenen Plänen und Luftaufnahmen zu sehen sind.

<sup>93</sup> Archiv der Gedenkstätte Dachau, Abbildungen und Luftaufnahmen der Kirche. Sie wurde 1948 von der US-Armee beschlagnahmt und am 25. 11. 1957 an die Lagerkuratie übergeben, siehe SZ, 27. 11. 1957.

<sup>94</sup> Siehe MM, 10. 4. 1956 und Abendzeitung, 11. 4. 1956.

<sup>95</sup> Interview Otto Kohlhofer, 15. 7. 1987.

<sup>96</sup> Siehe SZ, 25. u. 26. 7. 1957.

<sup>97</sup> Zu Otto Kohlhofers Fähigkeit, über große Hürden hinweg Brücken zwischen Vertretern der verschiedensten politischen Richtungen zu bauen, siehe Barbara Distel, Otto Kohlhofer in memoriam, in Dachauer Hefte 5 (1989), S. 277–283, bes. 281.

<sup>98</sup> Am ausführlichsten in Tat, 12. 5. 1956. Im Nachlaß Otto Kohlhofer befindet sich ein Programm der Feier von Kohlhofer und Maislinger.

aus den KZ-Baracken in menschenwürdige Wohnungen zu Preisen, die wir bezahlen können“.<sup>99</sup> Die deutsche Lagergemeinschaft wurde neu gegründet, und das regelmäßige Erscheinen der „Mitteilungen“ der Lagergemeinschaft begann. Ein Buch des ehemaligen Häftlings Nico Rost, „Ich war wieder in Dachau“, erregte viel Aufsehen.<sup>100</sup> Die erste Besprechung zwischen dem CID und der Staatsregierung fand am 7. April 1956 statt.<sup>101</sup> Der ehemals Verfolgte Dr. Panholzer vom Finanzministerium bejahte zwar eine Verpflichtung des Staates zum Erhalt und zur Zugänglichmachung der Anlage (die wieso in den Pariser Verträgen vorgeschrieben war), legte aber dar, daß der Staat keine finanziellen Verpflichtungen übernehmen könne. Um diese starre Position zu durchbrechen, plante das CID eine große Pilgerfahrt mit der Grundsteinlegung des künftigen Mahnmals für September 1956.<sup>102</sup> Als Vertreter der Staatsregierung enthüllte Panholzer den Stein, der heute unter Glas vor dem Internationalen Mahnmal steht.

Trotz aller Bemühungen trat danach eine gewisse Stagnation ein. Die von Ministerpräsident Hoegner im März 1956 versprochene Auflösung des Wohnlagers wurde nicht umgesetzt, weil der Staat sich weiterhin weigerte, finanzielle Verpflichtungen einzugehen.<sup>103</sup> Trotz kleiner Fortschritte (1958 wurden die 1955 entfernten Hinweisschilder wiederaufgestellt<sup>104</sup> und ein Aufnahmestopp für das Wohnlager verfügt) und gut besuchter Gedenkveranstaltungen<sup>105</sup> war es erst ein persönliches Anliegen Weihbischof Neuhäuslers, das den Stein erneut ins Rollen brachte.

Der Anstoß zu Neuhäuslers Projekt kam aus dem Ausland. Nachdem Captain Ryder Cheshire, ein Beobachter beim Bombenabwurf über Hiroshima, mit 36 englischen Priestern zum 20. Jahrestag des Kriegsbeginns am 1. September 1959 Dachau besuchte, sah Neuhäusler die Notwendigkeit einer offiziellen religiösen Gedenkstätte in Dachau.<sup>106</sup> Neuhäusler wollte während des 37. Eucharistischen Weltkongresses in München eine Veranstaltung im ehemaligen KZ Dachau durchführen. Für die internationalen Besucher sollte nunmehr eine Gedenkkapelle geschaffen werden.<sup>107</sup>

<sup>99</sup> Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland, 12. 7. 1957.

<sup>100</sup> Im Nachlaß Otto Kohlhofer befinden sich Abschriften einiger Briefe, die als Reaktionen auf das Buch an Rost geschickt wurden.

<sup>101</sup> Stk 113629, Antwort Bayer. Finanzministerium, Panholzer v. 3. 5. 1956 auf Memorandum von Pater Roth an Ministerpräsident Hoegner v. 9. 4. 1956.

<sup>102</sup> Nachlaß Otto Kohlhofer, Protokoll der Sitzung v. 29. 7. 1956 in Frankfurt.

<sup>103</sup> Stk 114892, Briefe Vizepräsident des Dt. Bundestags Richard Jäger, Dachau, an Ministerpräsident Hoegner v. 17. 7. 1956 u. 22. 7. 1957; Brief des MdB Kahn-Ackermann an Hoegner v. 10. 9. 1956.

<sup>104</sup> SZ (Landkreisausgabe), 28. 2. 1958 über den Beschluß des Dachauer Stadtrates.

<sup>105</sup> Z. B. die CID-Pilgerfahrt v. 22. 6. 1958 mit ca. 1000 Teilnehmern aus 7 Ländern, siehe Mitteilungen, Nov. 1958.

<sup>106</sup> Archiv der Gedenkstätte Dachau, Keystone Foto v. 1. 9. 1959; Johannes Neuhäusler, Wie war das im KZ Dachau?, München 1964, S. 68; Welt, 24. 5. 1960, S. 1.

<sup>107</sup> Siehe Dietrich Mittler, Johannes Neuhäusler, in: Lebensläufe, Schicksale von Men-

Die Entstehung der Kapelle ist ein Beispiel dafür, wie groß die öffentliche Beteiligung am Ausbau der Gedenkstätte sein konnte, wenn sie von der richtigen Stelle gefordert wurde. Innerhalb kürzester Zeit gelang es Neuhäusler, einen Entwurf Josef Wiedemanns zu bekommen und eine Spendensammlung zu initiieren.<sup>108</sup> Obwohl die Bauarbeiten erst Ende April 1960 begannen,<sup>109</sup> war die Kapelle rechtzeitig für die Weihe am 5. August fertig. In größter Eile wurde eine Ausstellung im Krematorium eingerichtet, die am 30. Juli 1960 eröffnet wurde.<sup>110</sup> Bei der Weihe der Kapelle, die den Namen „Todesangst Christi“ erhielt, waren am 5. August 1960 etwa 50 000 Menschen im Lager zusammengekommen – wohl das erste und einzige Mal, das die ständige Belegung der letzten Kriegsmonate übertroffen wurde.<sup>111</sup>

Bei der Einweihung gab es auch einige Mißklänge, die die gegensätzlichen Meinungen zur Einrichtung einer KZ-Gedenkstätte deutlich machten. Dazu gehörten die Teilnahme des früheren Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht an der Einweihung (als Ehrengast Neuhäuslers in der ersten Sitzreihe),<sup>112</sup> die Behauptung eines ehemaligen Wehrmachtsgenerals, die Krematoriumsöfen seien von den Amerikanern nach dem Krieg erbaut worden,<sup>113</sup> und Hakenkreuzschmierereien im Krematorium am 15. August.<sup>114</sup> Folgeschwerer war eine mißverständliche Äußerung des Dachauer Bürger-

schens, die im KZ Dachau waren, Dachauer Dokumente, Bd. 2, Dachau 1990, S. 77–83, hier S. 82.

<sup>108</sup> Von den 225 000 DM Baukosten kamen 7% von Spenden aus dem Stadt- und Landkreis Dachau, 7% vom Land Bayern und 15% von der Stadt München, siehe Augsburger Allgemeine, 24. 5. 1960, SZ, 18. 6. 1960 u. 23. 7. 1960. Die Bundeswehr transportierte die Isarsteine kostenlos zur Baustelle, die Bundesbahn den von der westfälischen Betonindustrie gespendeten Zement.

<sup>109</sup> SZ, 12. 4. 1960.

<sup>110</sup> SZ, 1. 8. 1960 u. Mitteilungen, Sept. 1960, mit Ausstellungsbeschreibung. Erst am 9. 7. 1960 hat das Finanzministerium der Einrichtung eines provisorischen Museums zugestimmt. Die Arbeit wurde nach dem Eucharistischen Weltkongreß wieder aufgenommen und dauerte mindestens bis Jahresende 1961 an. Siehe SZ, 26. 6. 1961, Abendzeitung, 21. 10. 1961 über Erweiterungsbeschluß.

<sup>111</sup> SZ, 6. 8. 1960. Als Ergänzung wurde eine von der österreichischen Häftlingsgemeinschaft gestiftete Gedächtnisglocke am 22. 7. 1961 vor der Kapelle eingeweiht, siehe SZ, 24. 7. 1961.

<sup>112</sup> Zu der Kritik siehe Leserbrief v. Herbert Liebmann in: SZ, 13. 8. 1960. Am 19. 8. 1960 druckte die SZ die Anti-Schacht-Stellungnahme Hundhammers sowie eine Entgegnung Schachts ab; dazu wiederum eine Entgegnung v. V. Schwan, siehe SZ, 10. 9. 1960; siehe auch Der Spiegel, 24. 8. 1960 u. 7. 9. 1960. In letzterem rechtfertigt Neuhäusler seine Einladung an Schacht.

<sup>113</sup> Diese, im übrigen schon unmittelbar nach Kriegsende vorkommende Behauptung führte sogar zu einer Bundestagsanfrage, siehe Daily Telegraph, London, 26. 7. 1960; Verhandlungen des Deutschen Bundestags, Bd. 47, 28. 9. 1960, S. 7170f., und SZ, 22. 8. 1960 u. 29. 9. 1960.

<sup>114</sup> SZ u. MM, 16. 8. 1960. Ein Täter wurde nie ausfindig gemacht. Martin Fiedler, der 25jährige Sohn eines ehemaligen SS-Bewachters, beleidigte um diese Zeit einen Aufseher mit neonazistischen Äußerungen, siehe SZ (Landkreisausgabe) 6. 9. 1960 zur Gerichtsverhandlung.

meisters Hans Zauner über die Gründe für die Inhaftierung im KZ,<sup>115</sup> die zur Zuspitzung des Konflikts zwischen Zauner und Leonhard Roth führte. Schon im November 1959, als Zauner dem Stadtrat vorschlug, Wohnungssuchende in einigen der inzwischen leer gewordenen KZ-Baracken unterzubringen, hatte Roth in einem offenen Brief heftig protestiert.<sup>116</sup> Daraufhin belegte ihn das erzbischöfliche Ordinariat mit strenger Schreibzensur. In einer von der bundesdeutschen Lagergemeinschaft veranstalteten öffentlichen Protestversammlung wegen Zauners Äußerung kritisierte Roth Zauner und den Dachauer Stadtpfarrer aufs schärfste.<sup>117</sup> Am 25. März wurde Roth zwangsbeurlaubt und zum 30. Juni seines Postens enthoben. Am 24. Juni beging er Selbstmord. Nach seinem Tod wurde die von ihm erkämpfte Zusicherung der Erhaltung der Kirchen auf dem Appellplatz rückgängig gemacht.<sup>118</sup>

Mit Roths Selbstmord war einer der leidenschaftlichsten Verfechter der neuen Gedenkstätte verloren, aber inzwischen war eine Organisation geschaffen worden, die die Verwirklichung unabhängig von Einzelnen machte. Für das Gedenkstättenkuratorium hatte Otto Kohlhofer im Frühjahr 1959 den ehemaligen Dachau-Häftling Alois Hundhammer gewonnen, der als langjähriges Mitglied der Bayerischen Regierung hohes Ansehen und erheblichen Einfluß genoß.<sup>119</sup> Mit tatkräftiger Unterstützung Hundhammers fand am 5. November 1959 die erste Sitzung statt.<sup>120</sup> Das Kuratorium tagte mit etwas wechselnder Besetzung unter der Federführung Kohlhofers und Hundhammers bis zur Einweihung des internationalen Mahnmals im September 1968.

Mit dem 30. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtübernahme und dem 25. Jahrestag der Pogrome im November 1938 war das Jahr 1963 zwar ein

<sup>115</sup> Laut dem Bericht eines englischen Zeitungskorrespondenten habe Zauner impliziert, die im Konzentrationslager inhaftierten Widerstandskämpfer gegen die Hitler-Regierung seien keine Helden gewesen. Siehe Daily Express, London, 10. 1. 1960 u. Washington Daily News, 18. 1. 1960; Rückübersetzung in MM/DN, 24. 2. 1960. Siehe auch Hans-Günther Richardi, „Leonhard Roth“, in: Lebensläufe, Schicksale von Menschen, die im KZ Dachau waren, Dachau 1990, S. 43.

<sup>116</sup> Roths Brief v. 13. 11. 1959 in DN, zum Hintergrund siehe Neue Zeit, Berlin, 10. 1. 1962; siehe auch Richardi ebenda S. 42.

<sup>117</sup> DN, 21. 3. 1960. Zauners schriftliche Reaktion in DN, 22. 3. 1960.

<sup>118</sup> Lea, Aktenvermerk v. 15. 11. 1962 über Besprechung am 9. 11. 1962.

<sup>119</sup> Mitteilungen, Mai 1959; Lea, Briefe Hundhammers an den Präsidenten des Lea, Troger, v. 19. 6. 1959 u. 28. 10. 1959.

<sup>120</sup> Anwesend waren: Hundhammer (Bayer. Staatsregierung), Hoegner, J. Müller, Panholzer (alle ehemalige oder gegenwärtige Regierungsmitglieder oder Landtagsabgeordnete), L. Linsert (Senator und Vorsitzender des DBG Bayern), H. Wimmer (Oberbürgermeister v. München), H. Plüger (Landtag), Schwalber (Landrat Dachau), H. Zauner (Bürgermeister Dachau), Troberg (Präsident des Lea), H. Maier (Vizepräsident des Lea und Vertreter der Israelitischen Kultusgemeinde), und schließlich Otto Kohlhofer als Vertreter des Comité International de Dachau. Entschuldigt waren Staatssekretär a. D. Helmerich, Kirchenpräsident Niemöller und Präses Wilm. Nachlaß M. Niemöller, Durchschrift einer Aktennotiz von O. Kohlhofer v. 10. 11. 1959 über Sitzung v. 5. 11. 1959.

besonderes „Gedenkjahr“, aber die hohe Beteiligung an den Gedenkfeiern unterschied sich nur unwesentlich von der der Jahre 1961–1965. Zum Jahrestag der Eröffnung des Konzentrationslagers am 22. März veröffentlichte Weihbischof Neuhäusler einen Spendenaufruf zum Bau eines „Sühneklosters“ an der nördlichen Begrenzung des Lagers.<sup>121</sup> Der Grundstein zu dem vom Architekten der Todesangst-Kapelle entworfenen Gebäude wurde am 28. April 1963 im Beisein vieler prominenter Christen und Häftlingsvertreter geweiht. Wie schon beim Eucharistischen Weltkongreß brachten Sonderzüge aus München mehrere Tausend Teilnehmer direkt in das Lager und auf die Gleise, auf denen bei der Befreiung der „Todeszug“ gestanden hatte.<sup>122</sup>

Am 31. Juli 1963 wurde auf der Leiten die italienische Kapelle „*Maria Regina Pacis*“ zum Andenken an alle italienischen Opfer deutscher Konzentrationslager in einer großen Veranstaltung mit Italiens Staatspräsident Segni, Bundespräsident Lübke und Ministerpräsident Goppel eingeweiht.<sup>123</sup> Den 9. November 1963 nahm die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) zum Anlaß, in der kleinen „Gnadekirche“ auf dem Appellplatz zu Spenden für einen Kirchenneubau in der Gedenkstätte aufzurufen.<sup>124</sup> Die Predigt von Präses Wilm mit persönlichen Erlebnissen aus seiner Haftzeit im KZ<sup>125</sup> stand der Ansprache Neuhäuslers bei der Klostergrundsteinlegung keineswegs nach.<sup>126</sup> Am Abend des 9. November fand die zur Tradition gewordene Gedenkveranstaltung der Gewerkschaftsjugend und des Bayerischen Jugendrings (BJR) mit 5000 Teilnehmern statt. Die erste Gedenkveranstaltung dieser Art hatte 1956 nach einem Anstieg neonazistischer Aktivitäten stattgefunden; die Beteiligung stieg sprunghaft an von 500–2000 Jugendlichen vor 1961 auf 3000–7000 danach.<sup>127</sup>

Am 1. Mai 1964 weihte der „Landesverband der jüdischen Verfolgten und KZ-Invaliden“ ein Denkmal auf dem Waldfriedhof ein.<sup>128</sup> Am 3. Mai folgte die Enthüllung eines Denkmals der Lagergemeinschaft auf der SS-Schießstätte in Herbertshausen, wo mehrere Tausend sowjetische Kriegsgefangene

<sup>121</sup> SZ, 21. 3. 1963; Johannes Neuhäusler, *Wie war das im KZ Dachau?*, München 1964, hintere Umschlagseite.

<sup>122</sup> SZ, 29. 4. 1963, S. 8.

<sup>123</sup> SZ, 1. 8. 1963 und kritisch siehe Welt, 2. 8. 1963. Im September 1962 wurde ein Kreuzweg bis zur Kapelle fertiggestellt; siehe MM/DN, 3. 9. 1963. Vergleichbar mit dieser Veranstaltung in den anderen Jahren 1961–64 waren die Pilgerfahrten des CID am Ende der dritten Juniwoche.

<sup>124</sup> Siehe SZ, 11. 11. 1963. Zum Folgenden SZ, 20. 4. 1963 u. 8. 10. 1963. Für diesen Abschnitt habe ich außerdem einige Akten des Zentralarchivs der Evangelischen Kirche Deutschlands in Westberlin ausgewertet.

<sup>125</sup> MM/DN, 11. 11. 1963.

<sup>126</sup> Siehe Zeitschrift für Politik, 10/1963, S. 257–262.

<sup>127</sup> SZ, 6. 11. 1956, 11. 11. 1957, 11. 11. 1958 (Landkreisausgabe), 9. 11. 1959, 14. 11. 1960. Für die späteren Jahre siehe die Dezembernummern der Jugendnachrichten des Bayerischen Jugendrings.

<sup>128</sup> SZ, 2. 5. 1964. Das Denkmal neben dem jüdischen Massengrab stammt von dem Kölner Künstler Dieter Aldinger.

erschossen worden waren.<sup>129</sup> Angesichts der damals vorherrschenden anti-kommunistischen Stimmung verdient die Tatsache besondere Beachtung, daß neben Martin Niemöller der sowjetische KZ-Veteran Wadim Sobka eine Ansprache vor etwa 1000 ehemaligen Häftlingen hielt.<sup>130</sup>

Am 22. November 1964 wurde das Kloster „Heilig Blut“ in Anwesenheit vieler ehemaliger Häftlinge und vieler prominenter Politiker eingeweiht.<sup>131</sup> In seiner Predigt sagte Kardinal Döpfner, das stille Beten der Schwestern alleine sei nicht genug: Es geschehen auch in einer Demokratie Dinge, die dem Geist von Dachau nicht unähnlich sind. Die Schwestern sollten nicht nur Sühne leisten, sondern auch ihr Gebet in die „zuchtlose und opferscheue“ Welt hinausschicken.

Im Frühjahr 1965 wurde fieberhaft an der Fertigstellung der Gedenkstätte gearbeitet. Die Belegung der „Wohnsiedlung“ war seit Mitte der 1950er Jahre von über 2000 auf einige Hundert gesunken, aber die endgültige Umsiedlung aller Lagerbewohner war seit 1962 immer wieder hinausgeschoben worden.<sup>132</sup> Seit 1964 wurden die leergewordenen Baracken sofort nach Auszug der Bewohner abgerissen; im April 1965 wurden die letzten beiden Baracken unter dem Protest der „als sogenannte Asoziale“ eingestufteten Bewohner geräumt.<sup>133</sup> Die Zeit war inzwischen zu knapp geworden, um alle Barackenumrisse in Beton nachzugießen (10 von 32 waren bei der Einweihung fertig), aber die zwei rekonstruierten Baracken konnten rechtzeitig fertiggestellt werden.<sup>134</sup> Der bayerische Staat gab 4000000 DM für die Herrichtung des Schutzhaftlagergeländes aus, und 2000000 DM für das Museum im ehemaligen KZ-Wirtschaftsgebäude. Ruth Jakusch, die seit April 1963 hauptamtlich für das CID gearbeitet hatte,<sup>135</sup> stellte zusammen mit einer Arbeitsgruppe aus ehemaligen Häftlingen und Fachberatern die Ausstellung nach der Konzeption des CID zusammen. Sie wurde die erste Leiterin der Gedenkstätte.

<sup>129</sup> SZ, 5. 5. 1964. Das schlichte Denkmal wurde von dem Münchner Bildhauer Will Elfes geschaffen und trägt die Inschrift: „Tausende Kriegsgefangene wurden hier von der SS ermordet“.

<sup>130</sup> Seine Teilnahme wurde in den Berichten der Tagespresse nicht erwähnt. Siehe z. B. SZ, 5. 5. 1964 und Mitteilungen der Lagergemeinschaft, Dez. 1964.

<sup>131</sup> SZ, 23. 11. 1964. Anwesend waren u. a. Ministerpräsident Goppel, Landwirtschaftsminister Hundhammer, Innenminister Junker, Regierungspräsident Deinlein.

<sup>132</sup> Nach einer Ortsbesichtigung am 28. 4. 1962 beschloß der Haushaltsausschuß des Landtags ein Sonderbauprogramm, um die nach Fertigstellung von 121 Wohnungen für 400 Bewohner verbleibenden 500 Menschen anderweitig unterbringen zu können; siehe SZ, 30. 4. 1962. Auf einer Besprechung im November 1962 versprach das Finanzministerium die Räumung bis Jahresende 1963; siehe Lea, Aktenvermerk, 12. 11. 1962; Stimmen, März 1963. Im Dezember 1963 wurde im Landtag eine Räumung bis Frühjahr 1964 angekündigt. Zu dieser Zeit waren schon 11 Baracken abgebrochen, siehe SZ, 6. 12. 1963. Im Sommer 1964 wurden vollständige Räumung und Abbruch „noch in diesem Jahr“ versprochen; siehe SZ 12. 8. 1964.

<sup>133</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. 4. 1965.

<sup>134</sup> SZ, 8. 5. 1965.

<sup>135</sup> SZ, 25. 3. 1964.

Am 1. Mai 1965 begann der Auftakt zur Gedenkstätteeinweihung mit einem „Errettungsgottesdienst“ auf dem Petersberg bei Dachau<sup>136</sup> und anderen Veranstaltungen der KZ-Priestergemeinschaft.<sup>137</sup> Am 8. Mai legte Präses Scharf den Grundstein zur evangelischen Versöhnungskirche, und am 9. Mai versammelten sich 640 ehemalige Häftlinge aus 14 Ländern und mehrere Tausend Menschen auf dem Appellplatz für die Museumseröffnung.<sup>138</sup> Minister Hundhammer, der ehemalige Häftlingsarzt František Blaha und der Präsident des CID, Guérissse, hielten Ansprachen. Zum Schluß verlas Dr. Ernst Braun von der Lagergemeinschaft ein Manifest der ehemaligen Häftlinge, in dem unter anderem scharfe Kritik an der bevorstehenden Verjährung der Nazi-Kriegsverbrechen in der Bundesrepublik geübt wurde.

In den Monaten nach der Einweihung der katholischen Todesangst-Christi-Kapelle im August 1960 war die Errichtung einer jüdischen Synagoge und eines evangelischen Gotteshauses dem Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern bzw. dem Rat der EKD vorgeschlagen worden.<sup>139</sup> Der Landesverband beschloß schon im März 1961, den Erbauer der Synagogen in Düsseldorf und Hannover, den Frankfurter Architekten Herrmann Guttmann, mit der Ausarbeitung eines Entwurfs zu beauftragen.<sup>140</sup> Gleichzeitig wurde ein Spendenaufruf an jüdische Menschen und Organisationen im In- und Ausland beschlossen, so daß im Sommer 1964 der Grundstein gelegt werden konnte.<sup>141</sup> Die Bauarbeiten gingen jedoch sehr langsam voran, so daß die Einweihung erst am 8. Mai 1967 stattfand.<sup>142</sup>

Die Evangelische Kirche hatte sich etwas schwerer getan mit der Entscheidung, einen kirchlichen Bau in Dachau zu errichten. Im Herbst 1960 ließ sie erst einmal feststellen, welche evangelischen Gedenkstätten und Ehrenmale es in der Bundesrepublik schon gab. Im Mai 1961 kam sie zu dem Ergebnis, daß der Bau einer Kapelle in Dachau „nicht in Frage“ komme, u. a. weil die katholische Kapelle keine „ausgesprochen konfessionellen Merkmale“ aufweise. Eine Kirche in einem ehemaligen KZ in einem überwiegend evangeli-

<sup>136</sup> Seit 1947 feierte der Landkreis Dachau Anfang Mai auf dem nahegelegenen Petersberg ein „Dankfest für die Rettung aus Kriegsnot, glückliche Heimkehr und die Wiederkehr von Friede und Ordnung“. Obwohl es fast auf den Tag genau der 20. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers war und die Einweihung der heutigen Gedenkstätte nur eine Woche später stattfand, wurde auf dem Dankfest das ehemalige Konzentrationslager erst zum Schluß in den Ansprachen der auswärtigen Geistlichen, darunter ehemalige Häftlinge, erwähnt; siehe SZ, 3. 5. 1965.

<sup>137</sup> SZ, 30. 4. u. 3. 5. 1965.

<sup>138</sup> SZ, 10. 5. 1965.

<sup>139</sup> Lea, Abschrift Aktenvermerk v. 11. 12. 1960 betr. Synagoge im ehemaligen KZ Dachau. Otto Kohlhofer hatte deshalb am 22. 12. 1960 in Yad Vashem, Jerusalem, vorgeschrieben.

<sup>140</sup> Lea, Brief Israelitische Kultusgemeinde/Schwarz, an Lea/Präsident Meier.

<sup>141</sup> SZ, 25. 6. 1964.

<sup>142</sup> Von den ca. 225 000 DM Kosten wurden 165 000 DM durch Spenden aufgebracht, je 30 000 DM wurden vom Bundesinnenministerium und dem Dispositionsfonds des Bayer. Ministerpräsidenten gewährt; siehe Lea, Vormerkung v. 3. 6. 1965.

schen Land (wie Bergen-Belsen/Niedersachsen) zu bauen, liege näher. Erst nachdem der niedersächsische Innenminister dem Kirchenrat im Februar 1963 mitteilte, wegen der jüdischen Auffassung von Totenruhe hätten jüdische Gruppen um die Unterlassung jeglicher Bautätigkeit in Bergen-Belsen gebeten, wurde Dachau als Standort gewählt.

Im Juli 1964 wurde der Entwurf Helmut Striffers zur Ausführung bestimmt; im Mai 1965 fand die Grundsteinlegung statt. Während der darauffolgenden zweijährigen Bauzeit wurden harte Verhandlungen geführt, weil die Vorstellungen Weihbischof Neuhäuslers von der Gesamtheit der Gedenkstätte erheblich von denen der anderen Beteiligten (CID, EKD, Landesverband) abwichen. Neuhäusler wollte das Lagergelände als Ehrenhain mit Baumbepflanzung gestalten, während die anderen jegliche Begrünung ablehnten.<sup>143</sup> Da keine Einigung erzielt werden konnte, wurde schließlich auf die Einheitlichkeit der religiösen Gedenkstätte verzichtet. Die Eichen um die Todesangst-Christi-Kapelle wurden belassen, die Sträucher entfernt, und der Rasen auf ein Kreisrund reduziert.

Im Jahr 1966 waren die Gedenkveranstaltungen stärker denn je vom Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik überschattet. Die „Deutsche National-Zeitung und Soldaten-Zeitung“ machte mit einem mehrseitigen Artikel unter der Schlagzeile „Gaskammer-Schwindel aufgedeckt . . . Wie war es wirklich in Dachau?“<sup>144</sup> Stimmung gegen die Gedenkstätte. Ende des Monats warfen Dachauer Gymnasiasten eine Gruppe von Bauhelfern der „Aktion Sühnezeichen“, die in der Gedenkstätte gearbeitet hatten, vor, sie würden: „unnötig in der Vergangenheit . . . wühlen“.<sup>145</sup> Schon im Sommer 1965 hatte der ehemalige Häftling Alfred Haag in der ARD-Sendung „Monitor“ den Anstieg rechtsradikaler Vorfälle in Dachau konstatiert.<sup>146</sup> Bei der Befreiungsfeier am 8. Mai 1966 machte der ehemalige Häftlingslagerälteste Oskar Müller die ca. 800 Teilnehmer auf eine geplante Veranstaltung des SS-Veteranenverbands „HIAG“ am 21. Mai im Münchner Bürgerbräukeller aufmerksam, und der Präsident des Bayerischen Jugendrings Hermann Kumpfmüller ging auf die jüngsten Erfolge der NPD ein.<sup>147</sup> Vor den Landtagswahlen Mitte November wurden NPD-Plakate an der Zufahrtsstraße zur Gedenkstätte aufgehängt, und die NPD wurde in die Parlamente von Hessen und Bayern gewählt. Am Wochenende nach der Wahl wurde der jüdische Gedenkstein auf dem Waldfriedhof beschmiert.<sup>148</sup>

<sup>143</sup> Lea, Aktenvermerk v. 18. 1. 1962.

<sup>144</sup> Deutsche National-Zeitung und Soldaten-Zeitung, 7. 1. 1966. Siehe auch die Leserbriefe, 11. 2. 1966, S. 8. Die Serie ging weiter mit einem Beitrag über Flossenbürg am 1. 7. 1966. Am 30. 9. 1966 wurde der „Aktion Sühnezeichen“ der Bau von Gaskammern in Auschwitz, Chelmno und Majdanek unterstellt.

<sup>145</sup> SZ, 9. 2. 1966.

<sup>146</sup> Neue Zeit (Ostberlin), 1. 8. 1965.

<sup>147</sup> SZ, 9. 5. 1966.

<sup>148</sup> Die Zeit, 25. 11. 1966 u. SZ, 7. 12. 1966, Leserbrief von R. Eisinger.

Das Jahr 1967 war von einem ähnlichen Gegensatz zwischen Verfolgten und Rechtsradikalismus gezeichnet wie 1960 und 1966. Einen Tag nachdem die evangelische Kirche am 1. Mai 1967 eingeweiht wurde, wurde der jüdische Gedenkstein auf der Leiten beschmiert.<sup>149</sup> Am 5. Mai hielt Kuratoriumsvorsitzender Minister Hundhammer eine Pressekonferenz, auf der er die Aktivitäten der NPD verurteilte.<sup>150</sup> In den Ansprachen bei der Einweihung der jüdischen Gedenkstätte am 7. Mai, an dem der israelische Botschafter Ascher Ben-Natan teilnahm, wurde mehrfach das Klima erwähnt, in dem „Frevler wieder versuchen können, ihr Haupt zu erheben“.<sup>151</sup> Nach der Feier zogen die ca. 1000 Teilnehmer in einem Schweigemarsch zum Appellplatz, wo eine Urne mit der Asche eines unbekanntes KZ-Häftlings beigesetzt wurde.

Auf den Tag genau zwölf Jahre waren seit der symbolischen Grundsteinlegung vergangen, bevor das Mahnmal auf dem Appellplatz im September 1968 eingeweiht werden konnte. Schon im November 1959 hatte das CID einen Entwurf des jugoslawischen Bildhauers Glid Nandor zur Ausführung bestimmt.<sup>152</sup> Im August 1965 wurde dieser Beschluß bestätigt und eine Sammlung begonnen, um die Kosten des Denkmals aufzubringen.<sup>153</sup> Bei Baubeginn im Herbst 1967 waren etwa zwei Drittel der Kosten von 1,2 Millionen DM durch Spenden gedeckt, darunter 300000 DM von der Bundesregierung.<sup>154</sup>

Bei der Einweihung am 8. September 1968 traten viele der 1955/56 überwundenen Differenzen innerhalb des CID zwischen den (ehemaligen) Kommunisten und den Häftlingen, die nach dem Krieg in hohe Positionen aufgestiegen waren, wieder auf. Die belgischen und französischen Nationalkomitees, die schon immer die Führung im CID innegehabt hatten, planten eine Prominentenveranstaltung mit Beteiligung von Militärformationen. Die Planungen wurden ohne das Wissen der bundesdeutschen Lagergemeinschaft gemacht, der die Vorbereitungen vor Ort oblag.<sup>155</sup> Da die Belgier und Franzosen drohten, sich überhaupt nicht zu beteiligen, wenn ihre Armeen nicht auftreten dürften, willigte Otto Kohlhofer als Repräsentant der Lagergemein-

<sup>149</sup> Zur Einweihung siehe SZ, 2. 5. 1967. Martin Niemöller predigte als erster in der Versöhnungskirche; die Feier wurde vom Bayerischen Rundfunk und Eurovision übertragen. Zur Schändung siehe SZ, 3. 5. 1967.

<sup>150</sup> SZ, 6./7. 5. 1967.

<sup>151</sup> SZ, 8. 5. 1967.

<sup>152</sup> Nachlaß Otto Kohlhofer, Bericht v. 12. 12. 1959.

<sup>153</sup> SZ, 17. 8. 1965.

<sup>154</sup> SZ, 7. 6. 1967. Siehe auch Lea, Vormerkung Kuratorium über öffentliche Sammlung für Mahnmal v. 22. 12. 1966. Demnach kamen 50000 DM von der Stadt München, 1500 DM von der Stadt Dachau, 644 DM von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Lea; dazu 20000 DM vom CID, und aus Frankreich, Belgien, den Niederlanden und den USA noch einmal 165000 DM (insgesamt 417000 DM).

<sup>155</sup> Nachlaß Otto Kohlhofer, Aktennotiz Otto Kohlhofer v. 8. 7. 1968 über die Besprechung im CID-Büro Brüssel am 3. 7. 1968, Durchschlag, 2S.

schaft ein. Es scheint, daß er jedoch keinen besonderen Eifer für die entsprechenden Vorbereitungen entwickelte, denn kurz vor der Feier arbeiteten Komiteepäsident und -sekretär Guérisse und Walraeve fieberhaft, um z. B. die Ehrentribünen errichtet zu bekommen.<sup>156</sup>

Vor 5000 Zuschauern marschierten Ehrenkompanien der französischen, US-amerikanischen und belgischen Armeen und der britischen Luftwaffe ein. Die Veranstaltung wurde überfliegen von Düsenflugzeugen der Amerikaner und Holländer. Während des Einmarsches ging eine Gruppe von 25–40 jugendlichen Demonstranten auf das Rednerpult zu. Sprechchöre prangerten die Militärbeteiligung an der Gedenkveranstaltung und den Umgang mit der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik an. Auf einem Transparent stand mißverständlich: „Dachau grüßt Hitlers Erben“ – gemeint war insbesondere der Berliner Bürgermeister Schütz, der als Vertreter des Bundespräsidenten eine Rede hielt. Ihm wurden die Übergriffe der Polizei gegen Studenten in Berlin zur Last gelegt. Obwohl der Protest einhellig als fehl am Platz bezeichnet wurde, stimmten viele ehemalige deutsche Häftlinge den Protestierenden zu: sie mißbilligten ebenfalls den „NATO-Aufmarsch“ und äußerten öffentlich ihre Verbitterung über das „KZ-Erinnerungs-Etablissement“.<sup>157</sup>

Nach dieser Veranstaltung verlagerten führende Mitglieder der bundesdeutschen Lagergemeinschaft ihre Tätigkeit von der Mitarbeit an Vorhaben des CID auf die Weitervermittlung ihrer KZ-Erfahrungen an die jungen Generationen, die ein ständig steigendes Interesse an der Geschichte des Nationalsozialismus zeigten. Auch in den folgenden Jahrzehnten blieb das Verhältnis zwischen den Befürwortern der Gedenkstätte als einer Bildungseinrichtung und staatlichen Stellen weiterhin angespannt.

<sup>156</sup> Ebenda, hektografierter Brief Walraeve und Guérisse an Kohlhofer und Eisinger v. 28. 9. 1968, 4S. Siehe auch den Bericht von E. Barbel in Rappel (Luxemburg), Okt. 1968.

<sup>157</sup> Nachlaß Otto Kohlhofer, Präsidium der Lagergemeinschaft Dachau, Zur Einweihung des Mahnmales, hektografierter Entwurf, 4S. Die Schrift wurde an 26 Zeitungen, die dpa und den Rundfunk geschickt; Brief Walraeve und Guérisse an Kohlhofer und Eisinger v. 27. 9. 1968.